

St.Gallen: 05. Dezember 2009, 01:05

SVP: Missionierende Moslems?



Kaum Thema in St. Gallen: Schule und Kopftuch. *Archivbild: Trix Niederau*

Die SVP-Fraktion im Kantonsrat stellt eine neue «Tendenz» fest: Moslem-Jugendliche sollen in St. Galler Schulen missionieren. Beim städtischen Schulamt zumindest weiss man nichts davon. Bloss Effekthascherei oder Fehlinformation?

DANIEL KLINGENBERG

st. Gallen. Die SVP feiert derzeit ihren Sieg in der Minarett-Abstimmung. Bei deren Lancierung sind mit dem Jung-Nationalrat Lukas Reimann wesentliche Impulse aus dem Kanton St. Gallen ausgegangen. Im Kantonsrat fällt die SVP-Fraktion nun mit einem «Moslem»-Vorstoss der spezielleren Sorte auf. Hängig ist dort eine Interpellation mit dem Titel «Religiöse Zeichen und Einflüsse in den St. Galler Schulen» (siehe Kasten). Darin stellt die SVP-Fraktion fest, es gebe in den Schulen des Kantons St.

Anzeige



Gallen, «allen voran in städtischen Gebieten», eine «Tendenz», dass Moslem-Schüler religiösen «Druck» auf Mitschüler ausüben. Und dies sowohl auf Jugendliche gleichen Glaubens wie auch auf «Andersgläubige und Nichtgläubige». Kurz gesagt: Die SVP-Fraktion gibt vor, Moslem-Schüler würden in St. Galler Schulen für ihren Glauben missionieren. Und dies nicht etwa in einer soften Art, sondern durch die Ausübung von Druck.

Schulamt: «Keine Hinweise»

Die Stadt St. Gallen gehört unzweifelhaft zu den «städtischen Gebieten» des Kantons. Wie klingt die Feststellung der SVP-Fraktion in den Ohren des hiesigen Schulamtsleiters? «Auf diese Behauptung kann ich mit einem klaren <Nein> antworten», sagt Christian Crottogini auf Anfrage. «Wir haben absolut keine Hinweise, dass Moslem-Jugendliche in den Schulen für ihren Glauben missionieren.» Dass dies in Schulhäusern ohne Kenntnis der Behörde vor sich ginge, schliesst Crottogini aus. «Darüber wären wir informiert.»

Wenn Fragen rund um Moslem-Schüler auftauchen, seien dies Einzelfälle. Dann gehe es um das Tragen von Kopftüchern von jugendlichen Muslimas. Im Schulamt habe man dabei ein eingespieltes Verfahren: Wolle eine Jugendliche das Kopftuch in der Schule tragen und stehe auch ihr soziales Umfeld dahinter, sei dies möglich. Aktuell sind dies fünf Mädchen in den städtischen Schulen – deutlich weniger als ein Promille. Keiner dieser Fälle habe Probleme verursacht. Auch die Dispensation vom Schwimmunterricht aus religiösen Gründen ist laut

Crottogini ab und zu ein Thema. Weil das Bundesgericht entschieden hat, der Schwimmunterricht sei zu besuchen, bestehe keine Rechtsunsicherheit.

«Auf einige Mails» abgestützt

In den Schulen der Stadt St. Gallen kann demnach in keiner Weise von einer «Tendenz» zu missionarischem Verhalten von Moslem-Schülern die Rede sein. Stellt sich die Frage, auf welche Materialien die SVP-Fraktion ihre Behauptung stützt. In ihrem Vorstoss spricht sie von «Presseberichten und Verlautbarungen von betroffenen Schülern, Eltern und Lehrpersonen».

Verfasst wurde die Interpellation von Kantonsrat Erwin Böhi, der auch Sekretär der Fraktion ist. Der in Wil wohnhafte Böhi sagte auf Anfrage, er stütze seinen Vorstoss erstens auf «einige Mails», darunter eines aus der Stadt St. Gallen. In diesen gehe es um Fälle, in denen moslemische Jugendliche ihre Schulkolleginnen, ebenfalls islamischen Glaubens, ermahnt hätten, sie sollten ein Kopftuch tragen. Dabei sei ein teilweise rüder Ton angeschlagen worden, sagt Böhi. Auch die Behauptung, Anders- und Nichtgläubige würden unter Druck gesetzt, stützt er mit Aussagen aus diesen Mails. So hätten in einem Fall moslemische Schüler gesagt, in einer Schulküche solle – aus religiösen Gründen – kein Schweinefleisch mehr angeboten werden. Als zweite Begründung für die vermutete Moslem-Mission führt Böhi Presseberichte aus anderen Kantonen, so aus Zürich und Bern, an.

«Etwas unglücklich»

Damit stellen sich zwei Fragen. Die erste lautet: Reichen der SVP «einige Mails» und ausserkantonale Presseberichte, um eine Tendenz zur Moslem-Mission an kantonalen Schulen festzustellen? Erwin Böhi antwortet darauf: «Uns geht es darum, abzuklären, ob es eine solche Tendenz gibt oder nicht.» Weil man aufgrund der eigenen Quellen «keine Übersicht über das tatsächliche Ausmass der Problematik» habe, wolle man dies von der Regierung wissen. Zudem würde Böhi heute – die Interpellation datiert von Anfang November, ein dieser vorauslaufender Vorstoss vom Frühling – eher die Umschreibung «eine gewisse Tendenz» verwenden.

Die zweite Frage lautet: Erscheint es der SVP nicht heikel, im aufgeheizten Ausländerthema-Umfeld mit einer schwach gestützten Behauptung Aufsehen zu erregen? Man habe bei der Abfassung nicht gehänt, dass die Wellen nach der Abstimmung so hoch gingen, sagt Böhi. Aus heutiger Sicht seien einzelne Formulierungen im Vorstoss «etwas unglücklich», weil man keine «anti-islamische Stimmung schüren» wolle.

Diesen Artikel bookmarken bei...



Copyright © St. Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von www.tagblatt.ch ist nicht gestattet.